

KV-Nr.: 3196

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 10 Blatt und ist vollständig durchnummeriert.

Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständigkeit zu überprüfen.

Landgericht Arnsberg
Brückenplatz 7

59821 Arnsberg



59494 SOEST

Steingraben 1 (Ecke Hansastrasse)
Telefon: 029 21/90 36-19
Fax: 029 21/59 87

Sprechstunden nach Vereinbarung
Bürozeiten: montags-freitags
8.30 – 13.00, 14.00 – 18.00 Uhr

Bitte bei Antwort und Zahlung angeben:
Maybach ./ Elermann
696/05 – Ib/Re

Datum: 23.08.2005

ANTRAG

auf Erlass einer einstweiligen Verfügung

des

Herrn Hartmut Maybach, Osthofenstraße 2, 54495 Soest

- Antragstellers - ,

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwälte Kringe & Kollegen, Steingraben
1, 59494 Soest,

gegen

Herrn Theodor Ellermann, Brunnenstraße 72, 59494 Soest,

- Antragsgegner - ,

beantragen wir namens und in Vollmacht des Antragstellers, folgende einstweilige Verfügung - wegen Dringlichkeit ohne mündliche Verhandlung (§ 932 ZPO) - zu erlassen:

Dem Antragsgegner wird es untersagt, das Pferd Shakira Z, Lebensnummer: Z 023396, von Sanchez Z aus Samira, geb. am 04.05.2000, zu veräußern oder zu versteigern oder veräußern zu lassen oder versteigern zu lassen.

Für den Fall der Zuwiderhandlung wird dem Antragsgegner ein Ordnungsgeld von 25.000,- € angedroht, ersatzweise Ordnungshaft, oder Ordnungshaft bis zu 6 Monaten.

Begründung

Der Antragsteller ist von Beruf selbständiger Pferdewirt und Sattler. Der Antragsgegner veranstaltet gewerbsmäßig Pferdeauktionen.

Mitte Juli 2005 bat der Antragsgegner den Antragsteller, das streitgegenständliche Pferd, die Stute Shakira Z, Lebensnummer: Z 023396, von Sanchez Z aus Samira, geb. am 04.05.2000 (künftig: Shakira Z) zu bereiten. Shakira Z war von Waldeemar Grönefeld, der Züchter dieses Pferdes war, an den Antragsgegner zwecks Versteigerung verbracht worden. Unter dem 20.07.2005 schlossen Herr Grönefeld und der Antragsgegner einen entsprechenden sog. „Beschickervertrag“ ab.

Shakira Z, die noch eine sehr junge Stute ist, war bereits angeritten, jedoch schlecht. Der Antragsteller hatte die Stute erstmals richtig beritten. In der Folgezeit hatte der Antragsteller Shakira Z über einen Zeitraum von etwa einem Monat alle 2 Tage beritten. Durch die intensive Beschäftigung mit Shakira Z hatte der Antragsteller eine enge emotionale Bindung zu diesem Tier entwickelt, so dass der Wunsch reifte, dieses Pferd auch weiterhin zu behalten. Er sprach darüber mit dem Antragsgegner, der wiederum vorschlug, sich mit dem Züchter zu besprechen oder an der Auktion teilzunehmen.

Am 18.08.2005 suchte der Antragsteller gemeinsam mit seiner Frau Bettina den Züchter Grönefeld auf dessen Hof auf. Dort brachte der Antragsteller sein Anliegen vor. Der Züchter Grönefeld empfing den Antragsteller freundlich und stand dem Verkauf offen gegenüber. Er wies jedoch darauf hin, dass das Pferd bereits zum Antragsgegner verbracht worden sei, um es auf der anstehenden Auktion am 03.09.2005 zu versteigern, und dass er bei Rücknahme eine Provisionsgebühr von 1.000,- € zu bezahlen habe und dass Unterstellkosten einschließlich Berittkosten von 15,- € am Tag angefallen seien.

Der Antragsteller und der Züchter Grönefeld einigten sich dann über den Verkauf von Shakira Z an den Antragsteller zu einem Kaufpreis von 18.000,- €. Darüber hinaus sollte der Züchter Grönefeld selbst die Provision von 1.000,- € an den Antragsgegner zahlen, der Antragsteller dagegen die Kosten für Unterstellung und Beritt von 15,- € pro Tag übernehmen. Die Übergabe des Pferdes sollte am Samstag, den 20.08.2005, sein. Der Kaufvertrag wurde im Beisein der Ehegattin des Antragstellers per Handschlag besiegelt. Vorsorglich wurde der Kaufvertrag nochmals in den Wohnräumen des Hauses des Züchters schriftlich fixiert.

Nach dem Kauf fuhr der Antragsteller zum Antragsgegner und berichtete erfreut darüber. Dieser reagierte jedoch völlig inadäquat und brüllte den Antragsteller an, er habe ihn hintergangen. Er fuhr völlig aus der Haut und wurde beinahe handgreiflich.

Vereinbarungsgemäß trafen sich der Antragsteller und der Züchter Grönefeld am 20.08.2005 beim Antragsgegner, um die Übergabe zu regeln. Dazu kam es jedoch nicht, da der Antragsgegner Shakira Z unbedingt in der Auktion versteigern wollte und vom Züchter Grönefeld nunmehr 2.000,- € verlangte, um Shakira Z herauszugeben. Der Antragsteller hatte 18.500,- € in bar dabei und wollte 18.000,- € bei Übergabe an den Züchter überreichen sowie die Kosten der Unterstellung und des Beritts begleichen. Weitere 1.500,- € hatte der Antragsteller nicht dabei. Der Züchter wollte auch nicht von den 18.000,- € die 2.000,- €, die der Antragsgegner verlangte, bezahlt wissen. Die Übergabe scheiterte.

Mit Schreiben vom 21.08.2005 ließ der Antragsteller dann den Züchter Grönefeld auffordern, den Vertrag bis zum 23.08.2005, 14:00 Uhr, zu erfüllen.

Am 22.08.2005 erreichte den Antragsteller ein Schreiben der Bevollmächtigten des Züchters Grönefeld, in dem die Anfechtung des Kaufvertrages erklärt wurde. Die Anfechtung wird damit begründet, der Antragsteller habe den Züchter Grönefeld bei Abschluss des Kaufvertrages arglistig getäuscht und zum Vertragschluss veranlasst.

Dazu wird wahrheitswidrig vorgetragen, dass der Antragsteller bereit gewesen sei, die 1.000,- € Provision neben den Unterstell- und Berittkosten zu übernehmen. Nur Letzteres war indes vereinbart. Der Antragsteller hat den Züchter Grönefeld nicht über den Willen des Antragsgegners getäuscht. Zum einen bedarf es nicht des Einverständnisses des Antragsgegners, um den Kaufvertrag abzuschließen. Zum anderen hatte der Antragsgegner zuvor nie signalisiert, dass er gegen den Verkauf etwas einzuwenden habe.

Unrichtig ist auch, der Antragsteller sei nicht bereit gewesen, die 18.000,- € in bar zu bezahlen. Tatsächlich hatte er das Geld am 20.08.2005 dabei.

Der Antragsteller hat gegen den Züchter Grönefeld einen Anspruch auf Beschaffung von Eigentum und Besitz aus § 433 Abs. 1 BGB.

Es steht aber zu befürchten, dass die Veräußerung und/oder die Versteigerung von Shakira Z auf der am 03.09.2005 stattfindenden IV. Reitpferdeauktion beim Antragsgegner durchgeführt wird und dass der Antragsgegner damit die Ansprüche des Antragstellers gegen den Züchter Grönefeld treuwidrig und unberechtigt vereitelt. Der Antragsgegner verspricht sich hiervon einen höheren Erlös und damit auch eine höhere Provision. Da hierdurch die Vereitelung des Rechts auf Übereignung von Shakira Z an den Antragsteller droht, ist gemäß § 935 ZPO eine einstweilige Verfügung zu erlassen.

Zur Glaubhaftmachung überreichen wir:

1. eidesstattliche Versicherung des Antragstellers vom 23.08.2005 (Anlage 1)
2. eidesstattliche Versicherung der Bettina Maybach vom 23.08.2005 (Anlage 2)
3. Kopie des Prospektes der Pferdeauktion (Anlage 3)
4. Kopie des Kaufvertrages vom 18.08.2005 (Anlage 4)
5. Schreiben der Unterzeichnerin vom 21.08.2005 (Anlage 5)
6. Schreiben der Rechtsanwälte Varenholz pp. vom 22.08.2005 (Anlage 6)

Beglaubigte und einfache Abschriften sind beigelegt.


Ibenberg
(Rechtsanwältin)

Hinweis des LJPA: Vom Abdruck der Anlagen 1, 2, 3, 4 und 5 wird abgesehen. Ihr Inhalt entspricht dem Vortrag des Antragstellers.

Rechtsanwälte Varenholz, Zimmermann, Vogler
Schützenstraße 17, 59505 Bad Sassendorf

P E R B O T E !

Herrn
Hartmut Maybach
Osthofenstraße 2
59494 Soest

Stefan Varenholz
Rechtsanwalt und Fachanwalt
für Arbeitsrecht

Luisa Zimmermann
Rechtsanwältin und Notarin

Solveig Vogler
Rechtsanwältin und Fachanwältin
für Familienrecht

Schützenstraße 17

59505 Bad Sassendorf

Telefon (02921) 6 69 80

Telefax (02921) 6 94 32

(Sprechzeiten nur nach Vereinbarung)

Az.: 00842/05 th/SV

Bad Sassendorf, 22.08.2005

GRÖNEFELD ./. MAYBACH

Sehr geehrter Herr Maybach,

in oben genannter Angelegenheit zeigen wir an, dass wir die Interessen von Herrn Waldemar Grönefeld, Erzväterring 7, 59494 Soest, vertreten.

Mit diesem haben Sie am 18.08.2005 einen Kaufvertrag über das Pferd Shakira Z, Lebensnummer 023396, von Sanchez Z und Samira, abgeschlossen.

Hinsichtlich dieses Kaufvertrages wird hiermit die

A n f e c h t u n g

erklärt.

Sie haben unseren Mandanten durch arglistige Täuschung zum Abschluss des o.g. Kaufvertrages veranlasst.

Das Pferd sollte, wie Ihnen bekannt war, am 03.09.2005 durch den Auktionsveranstalter Herrn Theodor Ellermann versteigert werden. Genauso bekannt ist Ihnen der diesbezüglich geschlossene Beschickervertrag, wonach eine Provisionsgebühr von 1.000,- Euro an den Veranstalter zu zahlen ist, wenn das Pferd außerhalb dieser Versteigerung durch unseren Mandanten verkauft werden sollte.

Um unseren Mandanten zum Abschluss des Kaufvertrages zu veranlassen, haben Sie ihn wahrheitswidrig darüber getäuscht, dass der Veranstalter mit dem privaten Verkauf außerhalb der Auktion einverstanden sei und dass Sie die in dem Beschickervertrag vereinbarte Provisionsgebühr in Höhe von 1.000,- Euro nebst Unterstell- und Berittkosten übernehmen.

Tatsächlich wusste der Veranstalter weder etwas von dem Verkauf des Pferdes außerhalb der Auktion, noch war er hiermit einverstanden.

Aus diesem Grunde wird der am 18.08.2005 geschlossenen Kaufvertrag wegen arglistiger Täuschung, hilfsweise wegen Irrtums, angefochten.

Des weiteren war vereinbart, dass Sie den Kaufpreis in Höhe von 18.000,- Euro in bar zahlen. Zudem haben Sie vorgegeben, die genannte Provisionsgebühr und die Kosten für die Unterstellung und den Beritt zu übernehmen. Diese Vereinbarung kann ggf. auch zeugenschaftlich belegt werden.

Auch insofern haben Sie unseren Mandanten arglistig getäuscht. Sie waren augenscheinlich von Anfang an nicht bereit, vereinbarungsgemäß den Verkaufspreis in bar zu zahlen, noch die übrigen Kosten zu übernehmen. Im Gegenteil haben Sie sich gegenüber dem Veranstalter ausdrücklich geweigert, diese Kosten zu tragen.

Auch aus diesem Grunde wird der am 18.08.2005 geschlossene Kaufvertrag wegen arglistiger Täuschung angefochten.

Die Geltendmachung eines weiteren Schadensersatzes wird ausdrücklich vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen



Vogler

Rechtsanwältin

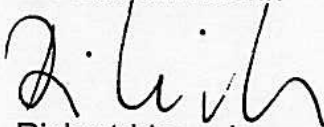
3 O 281/05
LG Arnsberg

Bitte sofort!

Vfg.

1. Termin zur mündlichen Verhandlung ist am
Donnerstag, 01. September 2005, 13:15 Uhr, Saal 3C / *not.*
2. Laden
 - Antragstellervertreter per EB
 - Antragsgegner per ZU
mit einf. und begl. Abschrift der Antragsschrift
 - Abtragsteller formlos
3. zum Termin

Arnsberg, 23.08.2005
3. Zivilkammer des Landgerichts
Die Einzelrichterin



Rickert-Linnenbaum
Richterin am Landgericht

*zu 2) ab
1EB1124*

*23. Aug. 05
Jech*

Rechtsanwälte Varenholz, Zimmermann, Vogler
Schützenstraße 17, 59505 Bad Sassendorf

Landgericht Arnsberg
Brückenplatz 7

59821 Arnsberg



Stefan Varenholz
Rechtsanwalt und Fachanwalt
für Arbeitsrecht

Luisa Zimmermann
Rechtsanwältin und Notarin

Solveig Vogler
Rechtsanwältin und Fachanwältin
für Familienrecht

Schützenstraße 17
59505 Bad Sassendorf

Telefon (02921) 6 69 80

Telefax (02921) 6 94 32

(Sprechzeiten nur nach Vereinbarung)

Az.: 00897/05 th/SV

Bad Sassendorf, 26.08.2005

MAYBACH ./. ELLERMANN
3 0 281/05

In o.g. Angelegenheit wird angezeigt, dass wir den Antragsgegner vertreten. Im Termin zur mündlichen Verhandlung werden wir beantragen,

den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung zurückzuweisen.

Begründung:

Der Antragsgegner ist Veranstalter einer Pferdeauktion, welche am 03.09.2005 stattfinden soll.

Er hat u.a. mit Herrn Waldemar Grönefeld einen Beschickervertrag dahingehend geschlossen, dass dessen Pferd Shakira Z, Lebensnummer 023396, am 03.09.2005 auf seiner Auktion versteigert werden soll.

Inhalt dieses Beschickervertrages war unter anderem auch die Vereinbarung:

Bei Verkauf des Pferdes wird eine Veranstalterprovision in Höhe von 10% der Zuschlagsumme inklusive Mehrwertsteuer berechnet.

Durch seine Unterschrift verpflichtet sich der Beschicker, einen Verkauf des Pferdes vor der Auktion zu unterlassen. Ansonsten ist eine Provisionsgebühr in Höhe von 1.000,- EUR an den Veranstalter zu zahlen.

Glaubhaftmachung: Beschickervertrag vom 20.07.2005 (Anlage AG1)

Richtig ist, dass der Antragsteller Interesse an dem streitgegenständlichen Pferd hatte und aufgrund dessen am 18.08.2005 den Eigentümer Grönefeld aufsuchte. Zuvor hatte er den Antragsgegner auf den Verkauf des Pferdes angesprochen. Bei dieser Gelegenheit wurde ihm jedoch vom Antragsgegner mitgeteilt, dass dieser einen Verkauf des Pferdes vor der Auktion nicht billige. Dem Antragsteller war mithin wohl bekannt, dass der Antragsgegner mit dem Kaufvertrag nicht einverstanden war, sondern diesen sogar ausdrücklich ablehnte. Um den Antragsgegner - vorsichtig ausgedrückt - zu umgehen, hat sich der Antragsteller die Adresse des Eigentümers beim Zuchtverband eingeholt und diesen ohne Wissen des Antragsgegners aufgesucht.

Hier hat der Antragsteller am 18.08.2005 sein Interesse an dem Pferd bekundet. Dennoch hat der Eigentümer Grönefeld darauf hingewiesen, dass ihm der Verkauf aufgrund des abgeschlossenen Beschickervertrages vom 20.07.2005 nicht möglich sei.

Daraufhin erklärte der Antragsteller, dass ihm diese Regelung bekannt sei. Er habe auch schon mit dem Antragsgegner gesprochen. Dieser habe Kenntnis davon, dass er das streitgegenständliche Pferd erwerben wolle, und sei einverstanden. Weiterhin erklärte er sich bereit, sowohl die dann anfallende Provisionsgebühr in Höhe von 1.000,- Euro als auch die Unterstell- und Berittkosten zu übernehmen.

Darauf hin wurde eine entsprechende Vereinbarung mündlich getroffen und „per Handschlag“ bestätigt. Nur unter den genannten Bedingungen war der Eigentümer Grönefeld bereit, den Kaufvertrag zu schließen und das Pferd für 18.000,- Euro an den Antragsteller zu verkaufen.

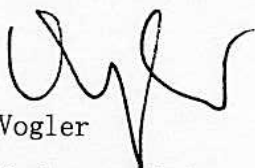
Am Abend setzte sich der Eigentümer Grönefeld mit dem Antragsgegner in Verbindung und musste erfahren, dass dieser keinesfalls mit dem Verkauf einverstanden war.

Vor diesem Hintergrund hat der Eigentümer Grönefeld am 22.08.2005 gegenüber dem Antragsteller den Kaufvertrag wegen arglistiger Täuschung angefochten. Den Inhalt des vom Antragsteller als Anlage 5 vorgelegten Schriftsatzes vom 22.08.2005 macht sich der Antragsgegner in vollem Umfange zu eigen.

Aus diesem Grunde stehen dem Antragsteller keinerlei Rechte auf das Pferd Shakira Z zu. Der Vorwurf, der Antragsgegner versuche, treuwidrig die Erfüllung des Kaufvertrages zu vereiteln, geht vor dem Hintergrund des Verhaltens des Antragstellers ins Leere.

Und der Antragsteller wird doch wohl kaum den Vorwurf der Sittenwidrigkeit erheben wollen. Für einen Verstoß gegen die guten Sitten durch den Antragsgegner fehlt jeglicher Anhaltspunkt.

Beglaubigte und einfache Abschriften sind beigelegt.



Vogler

Rechtsanwältin

Hinweis des LJPA: Vom Abdruck der Anlage AG1 wird abgesehen. Ihr Inhalt entspricht dem Vortrag des Antragsgegners.

Öffentliche Sitzung des Landgerichts
3. Zivilkammer
Geschäftsnummer: 3 O 281/05
Gegenwärtig:

Ort, Datum
Arnsberg, den 01.09.2005

Richterin am Landgericht Rickert-Linnenbaum
als Einzelrichterin

Auf die Hinzuziehung eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wurde verzichtet,
vorläufig aufgezeichnet auf Tonträger gem. §§ 159, 160a ZPO.

In dem Einstweiligen Verfügungsverfahren
Maybach ./ Ellermann

erschieden bei Aufruf:

1. für den Antragsteller Rechtsanwältin Ibenberg
2. für den Antragsgegner Rechtsanwältin Vogler

Rechtsanwältin Ibenberg erhielt Abschriften des Schriftsatzes vom 26.08.2005.

Sie erklärte: Der Antragsteller wird zum Termin nicht erscheinen. Er hat inzwischen kein Interesse mehr an dem Erwerb des Pferdes, nachdem sich der Antragsgegner und der Eigentümer Grönefeld scheinbar gegen ihn verbündet haben.

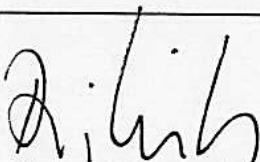
Die Sach- und Rechtslage wurde erörtert.

Die Anwältinnen erklärten die Hauptsache übereinstimmend für erledigt und stellten wechselseitig Kostenanträge.

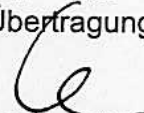
Beschlossen und verkündet:

Eine Entscheidung ergeht am Schluss der Sitzung.

Hinweis des LJPA: Vom Abdruck der am Schluss der Sitzung verkündeten Entscheidung wird zu Prüfungszwecken abgesehen.


Rickert-Linnenbaum

Für die Richtigkeit der
Übertragung vom Tonträger


Lech,
Justizamtsinspektor
als U.d.G.

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen. Zeitpunkt der Entscheidung ist der
01.09.2005.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Soest liegt im Bezirk des Landgerichts Arnsberg und verfügt über ein eigenes Amtsgericht.

Prüfervermerk zum Aktenvortrag

KV 3196

Dem Aktenvortrag liegt das Verfahren 11 O 304/01 LG Münster zu Grunde.

Textkontrolle: BGB, ZPO

A. Prozessuale Lage

Zunächst dürften sich die Kandidaten die prozessuale Lage zu vergegenwärtigen haben. Es ist nicht mehr über den Erlass einer einstweiligen Verfügung zu entscheiden, nachdem die Parteien in der mündlichen Verhandlung die Hauptsache (genauer: die Hauptsache des einstweiligen Verfügungsverfahrens) für erledigt erklärt haben. In einem solchen Fall greift § 91a ZPO, dessen Grundsätze auch im einstweiligen Verfügungsverfahren gelten (vgl. Thomas/Putzo, ZPO, 26. Aufl. 2004, § 91a Rn. 7). Das Gericht hat daher nach billigem Ermessen über die Kosten des Verfahrens zu entscheiden. Maßgebliches Kriterium für eine sachgerechte Kostenteilung ist die Frage, welche Partei nach Würdigung des derzeitigen Sach- und Streitstandes unterlegen wäre. Gedanklich ist eine summarische Prüfung anzustellen, ob der erledigte Hauptsacheantrag zulässig und begründet war. Nach hM ist durch das Gericht nicht zu prüfen, ob die Hauptsache tatsächlich erledigt wurde (Thomas/Putzo, aaO, § 91a Rn. 22).

B. Zulässigkeit des Antrags

Der Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gem. § 935 ZPO war wohl zulässig. Das LG Arnsberg war gem. § 937 Abs. 1 ZPO als Hauptsachegericht zuständig. Maßgeblich ist hier die erstinstanzliche Zuständigkeit für den hinter dem Antrag stehenden Hauptsacheanspruch (Thomas/Putzo, aaO, § 937 Rn. 1). Sachgerecht dürfte es sein, sich bei der Bemessung des Streitwerts für die Hauptsache (Unterlassungsanspruch) am Wert des Pferdes zu orientieren. Da der ausgehandelte Kaufpreis das einzige Indiz für den Wert des Pferdes ist, dürfte der Streitwert bei 18.000,- € liegen, so dass die Zuständigkeitsschwelle des § 23 Nr. 1 ZPO überschritten ist. Dies gilt auch dann, wenn man hiervon noch Abschläge mache. Dies wäre unter dem Gesichtspunkt denkbar, dass der Unterlassungsanspruch gegen den Antragsgegner letztlich nur der Sicherung des Überweisungsanspruches gegen den Züchter Grönefeld dient. Sicherungsinteressen werden häufig nur mit einem Bruchteil des Hauptsacheinteresses bewertet (vgl. etwa Thomas/Putzo, aaO, § 3 Rn. 52). Die örtliche Zuständigkeit dürfte auf §§ 12, 13 ZPO beruhen. Denkbar ist auch der deliktische Gerichtsstand des § 32 ZPO, weil nach dem Antragstellervortrag auch Unterlassungsansprüche aus unerlaubter Handlung (z.B. § 826 BGB) in Betracht kommen.

C. Begründetheit des Antrags

Der Antrag dürfte unbegründet gewesen sein. Dem Antragsteller stand wohl gegen den Antragsgegner kein Verfügungsanspruch zu, der die begehrte Sicherungsanordnung gerechtfertigt hätte.

I. Vertragliche Ansprüche

Ansprüche aus dem Kaufvertrag mit dem Züchter des Pferdes Grönefeld kann der Antragsteller gegen den Antragsgegner nicht geltend machen. Der Antragsgegner war an dem Vertragsschluss - selbst nach dem Vortrag des Antragstellers - nicht beteiligt. Zwischen den Parteien dieses Verfahrens bestehen - abgesehen von der Vereinbarung über den Beritt des Pferdes - keinerlei vertragliche Bindungen. Allenfalls ist der Züchter Grönefeld vertraglich verpflichtet, auf den Antragsgegner im Rahmen des bestehenden Beschickervertrages dahingehend einzuwirken, dass er die Herausgabe des Pferdes an den Antragsteller veranlasst. Vor dem Hintergrund dieser vertraglichen Konstellation ist es vorliegend unerheblich, ob der Züchter Grönefeld den Vertrag mit dem Antragsteller zu Recht angefochten hat oder nicht. Selbst wenn - ausgehend vom Vortrag des Antragstellers - der Kaufvertrag noch wirksam wäre, ergäbe sich nämlich hieraus kein Unterlassungsanspruch des Antragstellers gegen den Antragsgegner. Der umfangreiche Tatsachenvortrag zur Frage der Anfechtung ist daher von den Kandidaten als unerheblicher „Nebenkriegsschauplatz“ zu erkennen.

II. Anspruch aus § 823 Abs. 1 bzw. § 1004 BGB

Der geltend gemachte Unterlassungsanspruch ergibt sich wohl auch nicht aus § 823 Abs. 1 oder 1004 BGB unter dem Gesichtspunkt des Eigentumsschutzes. Der Antragsteller war noch nicht Eigentümer des Pferdes gem. § 929 Satz 1 BGB geworden. Die Übergabe des Pferdes ist gescheitert. Die Vereinbarung eines Übergabesurrogates i.S.d. §§ 930, 931 mit dem Züchter Grönefeld ist nicht ersichtlich. Der Verschaffungsanspruch gegen den Züchter ist als relatives Recht nicht durch §§ 823, 1004 BGB geschützt (vgl. Palandt-Thomas, BGB, 64. Aufl. 2005, § 823 Rn. 31; Palandt-Bassenge, aaO, § 1004 Rn. 4).

III. Anspruch aus § 826 BGB

Schließlich war der Antragsteller wohl auch nicht aus § 826 BGB verpflichtet, die Versteigerung des Pferdes zu unterlassen. Grundsätzlich kann die Verletzung von Vertragsrechten Dritter als sittenwidrige Schädigung aufgefasst werden (vgl. Palandt-Thomas, aaO, § 826 Rn. 52) und damit eine Unterlassungspflicht nach sich ziehen (Palandt-Thomas, aaO, § 826 Rn. 14). Dies jedoch nur dann, wenn der am Vertrag Unbeteiligte sich gegenüber dem Gläubiger in einem Maße rücksichtslos verhält, das mit den Grundbedürfnissen loyaler Rechtsgesinnung unvereinbar ist. Das bloße Ausnutzen der Bereitschaft des Schuldners zum Vertragsbruch ist jedoch nicht ausreichend (vgl. Palandt-Thomas, aaO, § 826 Rn. 52 m.w.N.). Maßgeblich dürfte hier sein, dass der Antragsgegner unter Würdigung der Gesamtumstände keine missbilligenswerten Ziele verfolgte, als er am 20.08.2005 letztlich die Übergabe des Pferdes verhinderte. Nach dem Beschickervertrag, welchen er am 20.07.2005 mit dem Züchter geschlossen hatte, war er berechtigt, das Pferd auf der Auktion zu versteigern. Insbesondere war in diesem Vertrag eine Provision in Höhe von 10% der Zuschlagsumme incl. Mehrwertsteuer zu Gunsten des Antragsgegners vereinbart. Der Antragsgegner handelte wohl nicht sittenwidrig, als er sich diesen Anspruch sichern wollte. Dies gilt auch vor dem Hintergrund, dass er sich - auch nach dem Vortrag des Antragstellers in der Antragsschrift - niemals ausdrücklich mit dem Verkauf außerhalb der Auktion einverstanden erklärt hatte. Auch aus der Strafprovisionsvereinbarung in dem Beschickervertrag war der Antragsgegner nach Treu und Glauben nicht verpflichtet, einem vorzeitigen Verkauf zuzustimmen.

An dieser Stelle können die Kandidaten mit entsprechender Begründung wohl auch zu einem anderen Ergebnis kommen.

D. Entscheidung des Gerichts

Nach der hier vertretenen Auffassung dürften die Verfahrenskosten dem Antragsteller aufzuerlegen sein. Die entspricht unter Berücksichtigung des Kostengrundsatzes in § 91 ZPO billigem Ermessen, da der Antragsteller voraussichtlich unterlegen wäre. Die Entscheidung nach § 91a ZPO ergeht durch Beschluss. Der Tenor könnte lauten: „Der Antragsteller trägt die Kosten des Verfahrens.“ Eine Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit hat zu unterbleiben, da §§ 708 ff ZPO nur auf Urteile anwendbar sind.